

# Bankenverband: Restrukturierungsgesetz muss gleichbehandeln

## Bundesrat entscheidet über Bankenabgabe

O-Ton-Service mit Michael Kemmer,  
Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes

### Anmoderation:

Gerät eine Bank oder Sparkasse in wirtschaftliche Schwierigkeiten, soll in Zukunft nicht mehr der Staat und damit der Steuerzahler, sondern die Finanzwirtschaft selbst dafür gerade stehen. Das ist das Ziel des Restrukturierungsgesetzes, das vom Deutschen Bundestag Ende Oktober verabschiedet wurde. Jetzt (*Anm. der Redaktion: Freitag, den 26.11.2010*) muss es noch den Bundesrat passieren. Ab 2011 sollen die neuen Regeln dann gelten. Kernpunkte des Gesetzes sind Verfahren zur Sanierung und Reorganisation in Schieflage geratener Kreditinstitute, Instrumente, die der Aufsicht schnelleres und frühzeitiges Krisenmanagement erlauben und ein Restrukturierungsfonds für Notfälle, der von allen Instituten mittels einer Bankenabgabe finanziert wird.

Über das, was damit auf die deutsche Kreditwirtschaft zukommt, spreche ich nun mit Michael Kemmer, dem Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes in Berlin.

**Herr Kemmer, wie bewerten Sie das im Restrukturierungsgesetz vorgesehene Krisenmanagement?**

O-Ton 1: „Ich glaube grundsätzlich ist das Restrukturierungsgesetz eine sehr vernünftige Sache. Es soll vermeiden, dass wir – wie in der Finanzkrise des Jahres 2008 mehrfach geschehen – in Nachtsitzungen ganz schnelle Entscheidungen treffen müssen, deren Qualität dann natürlich nicht so sein kann, wie wenn man es lange und sorgfältig vorher geplant hätte. Da sind im Restrukturierungsgesetz einige sehr vernünftige Ansatzpunkte drinnen. Wir glauben, dass auch der Restrukturierungsfonds, der aus der Bankenabgabe gespeist wird, ein grundsätzlich vernünftiges Instrument ist. Wir sind natürlich nicht froh, dass die Banken wieder mit zusätzlichen Belastungen konfrontiert werden. Aber in diesem Fall glauben wir, dass das Ziel einer geordneten Restrukturierung auch eine solche Abgabe rechtfertigt. (0´48)

**Aber das ist genau der Punkt: Der Bundesrat, in dem die SPD geführten Länder die Mehrheit haben, hat in seiner Stellungnahme zum Restrukturierungsgesetz gefordert, die Sparkassen und Volksbanken von der Abgabe zu befreien. Der Deutsche Bundestag ist dem nicht nachgekommen. Wie stehen Sie dazu?**

O-Ton 2: „Ich glaube, dass es nicht angemessen wäre, einzelne Gruppen der Kreditwirtschaft zu befreien. Im Grunde genommen müssten in diesen Fond alle einzahlen, die letztlich auch davon profitieren, wenn systemische Krisen verhindert werden. Dass müssten auch die Versicherungen sein, dass müssten auch die Hedge-Fonds sein. Dass müssen aber ganz zweifellos alle Mitglieder, alle Säulen der Kreditwirtschaft sein. Eine Differenzierung hier wäre

sachlich völlig unangemessen und nach Auffassung hochrangiger Juristen auch verfassungsrechtlich überhaupt nicht zu begründen.“ (0’32)

**Argumentieren beide nicht zu Recht, dass von ihnen keine Risiken ausgehen, die das gesamte Finanzsystem ins Wanken bringen könnten?**

O-Ton 3: „Ich glaube, dass die Argumentation nicht zieht. Denn auch von Verbänden können Risiken ausgehen. Wir wissen nicht, welche Ursachen die nächste Krise haben wird. Es gibt auch bei Verbänden gemeinsame Risikofaktoren. Das könnte zum Beispiel das gemeinsame Geschäftsmodell sein, das könnte eine starke Verflechtung untereinander sein. Deshalb ist es für uns absolut inakzeptabel, diese Verbände auszunehmen.“ (0’26)

**Das Gesetz, die Bankenabgabe, Herr Kemmer, wird in seinen wesentlichen Teilen voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft treten und gilt allein für Deutschland. Gleichzeitig ringt auch die Europäische Kommission um eine Beteiligung der Finanzbranche an den Krisenkosten. Was halten Sie vom deutschen Vorpreschen?**

O-Ton 4: „Das betrübt uns natürlich schon. Wir stellen bisher fest, dass es bisher nur in wenigen Ländern Europas solche Bankenabgaben gibt. Es gibt auch nicht sehr viele Länder, die diese weiterhin noch planen. Es gibt zwar jetzt eine EU-Maßnahme, die darauf zielt, hier ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Aber Fakt ist, dass wir in Deutschland vorgeprescht sind in einer im Grunde genommen vernünftigen Sache. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber man muss hier immer gucken, dass man keinen unfairen Wettbewerb im internationalen Vergleich produziert.“ (0’33)

**Wäre dann die Kreditversorgung der Unternehmen in Gefahr?**

O-Ton 5: „Im Moment haben wir sicherlich keine Kreditklemme. Wir müssen allerdings aufpassen, dass die Kumulation der Belastungen nicht die Ertragsituation der Kreditinstitute so beeinträchtigt, dass es ihnen nicht mehr möglich ist, dass notwendige, zusätzliche Eigenkapital zu bilden. Denn wenn sie das nicht schaffen, dass sie aus einbehaltenen Gewinnen die neuen Eigenkapitalanforderungen erfüllen, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als ihre Aktivseite zurückzuschneiden und das betrifft dann natürlich auch das Kreditgeschäft. Das heißt, wenn es eine weitere Kumulation von Belastungen gibt, kann ich nicht ausschließen, dass wir irgendwann mal auch das Thema: „Haben wir denn noch eine ausreichende Kreditversorgung für die deutsche Volkswirtschaft?“ irgendwann einmal auf die Tagesordnung bekommen.“ (0’44)

**Abmoderation:**

Wir sprachen mit Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes in Berlin. Vielen Dank.